

Gespräch mit Familienstaatssekretärin Christine Marek und DI Dr. Helmuth Schattovits
Für die Zeitschrift des Katholischen Familienverbandes Österreichs, „ehe + familien“

„Je mehr Kinder umso weniger Steuern“

Der Katholische Familienverband Österreichs lud Familienstaatssekretärin Christine Marek und den Familienexperten und ehemaligen KFÖ-Präsidenten Dr. Helmuth Schattovits zu einem Expertengespräch zum Thema Familienbudget. Darin kritisiert Schattovits massiv, dass der Familienlastenausgleichsfonds Positionen zahlen muss, für die andere Ressorts zuständig wären. Marek bestätigt die Einsparungen im Familienbereich in der Höhe von 1,5 Milliarden Euro. Es gebe bei den Kürzungen „keine Tabus“.

KFÖ: Die Regierung plant ab 2011 die größte Einsparungswelle der Zweiten Republik. Mit Einsparungen in der Höhe von 1,5 Milliarden Euro bis 2014 soll das Familienressort am zweithöchsten betroffen sein. Können Sie diese Zahlen bestätigen?

Marek: Ja, diese Zahlen sind bekannt und im Parlament beschlossen. Der Betrag ergibt sich aus einem Prozentsatz, der bis auf wenige Ausnahmen für alle Ressorts vom Finanzminister vorgegeben wurde. Das Familienbudget aus dem Familienlastenausgleichsfonds ist mit 6,5 Milliarden Euro jährlich ein sehr hohes, und daraus ergibt sich der Betrag von 1,5 Milliarden, der eingespart werden muss. Konkretes zu den Sparmaßnahmen kann ich zum derzeitigen Zeitpunkt aber noch nicht sagen.

Schattovits: Da dem FLAF auch zweckfremde Lasten überwältigt worden sind, ist die Summe so hoch. Dann soll noch bei den Unterhalts- und Betreuungsleistungen der Eltern gespart werden. Es wäre fair, bei den zweckfremden Positionen zu sparen.

Gibt es Familienleistungen, die bei den geplanten Einsparungen absolut tabu sind?

Marek: Es gibt keine Tabus. Wir diskutieren alle Bereiche, es heißt aber nicht, dass in allen Bereichen gekürzt werden muss. Das 6,5 Milliarden-Budget beinhaltet eine Fülle an Leistungen, die wir Punkt für Punkt in jedem Bereich durchgehen, auch um Doppelgleisigkeiten zu beseitigen. Unser Ziel ist es, die Einsparungen in einem Gesamtpaket auf mehrere Bereiche aufzuteilen, um die Einschnitte für den Einzelnen so gering wie möglich zu halten und die Schwächsten nicht überproportional zu belasten. Eines möchte ich in diesem Zusammenhang aber auch betonen: In den Jahren seit 2002 ist der reine Transferbereich - also die gehaltsunabhängigen Zahlungen vom Staat an die Familien- massiv gestiegen.

In den Bereichen Bildung und Forschung gibt es keine Einsparungen. Warum ist der Familienbereich nicht ausgenommen?

Marek: Familie zieht sich quer durch alle Bereiche. Bildung ist einer der Schlüssel für ein nachhaltig erfolgreiches Leben. Das hat also schon etwas mit Sozial- und Familienpolitik zu tun und damit auch mit Chancen für Kinder aus diesen Familien.

Schattovits: Dem widerspreche ich nicht. Die Frage ist nur: Muss alles aus dem Familienlastenausgleichsfonds finanziert werden? Warum werden etwa die Schulbücher oder die Schülerfreifahrten aus dem Familienlastenausgleichsfonds bezahlt? In anderen Ländern zahlen das die zuständigen öffentlichen Budgets. Die Freifahrten sind meines Erachtens eine wirtschaftspolitische Frage, die die Verkehrsunternehmer betrifft. Diese haben dadurch ein sicheres Einkommen – allerdings zulasten der Familien. Ich würde erwarten, dass die Familien die gleiche Priorität erhielten wie Bildung und Forschung. Im Familienbereich darf nicht gespart werden! Eltern zahlen als Staatsbürger wie alle anderen auch. Wenn nun an den Kindern gespart wird, führt das zu einer Doppelbelastung jener Frauen und Männer, die als Mütter und Väter auch für Kinder zu sorgen haben.

Der Familienlastenausgleichsfonds ist mit bald vier Milliarden Euro verschuldet und der Schuldenberg wächst weiter. Wie könnte der hochdefizitäre Fonds gerettet werden?

Schattovits: Ein Ansatzpunkt, den Familienlastenausgleichsfonds langfristig zu sichern, wäre die gesamte Umsatzsteuerfrage. Familien zahlen - nachdem die Umsatzsteuer eine Kopfsteuer ist - bei gleichem Lebensstandard mehr an Umsatzsteuer, als solche, die keine Kinder haben. Das wäre meiner Meinung nach umverteilungswürdig. Auch müssen die zweckfremden Kosten den zuständigen Budgets wieder überantwortet werden.

Marek: Für die Umsatzsteuer ist der Finanzminister zuständig. Im Augenblick geht es einmal darum, das Budget zu konsolidieren. Ich erachte es im Übrigen gerade jetzt als völlig chancenlos, dass andere Ressorts oder Bundesländer freiwillig Leistungen des Familienlastenausgleichsfonds übernehmen, da diese dann noch mehr einsparen müssten. Mit Einführung des Kinderbetreuungsgeldes im Jahr 2002, welches ein familienpolitischer Meilenstein war und ist und das jährlich rund eine Milliarde Euro kostet, ist der Familienlastenausgleichsfonds nachhaltig ins Minus gekippt.

Schattovits: Diese Milliarde ist eine Milliarde Überwälzung, die vorher aus anderen Budgets finanziert worden sind.

Marek: Die Neustrukturierung des Familienlastenausgleichsfonds ist eine enorme Herausforderung, die auch im aktuellen Regierungsprogramm als ein Ziel steht. Leider wurden wir dabei von der Wirtschaftskrise "überholt" - jetzt geht es darum, das Gesamtbudget zu konsolidieren.

Neben Geldleistungen besteht auch die Möglichkeit, Familien steuerrechtlich zu entlasten. Welche Überlegungen gibt es diesbezüglich?

Schattovits: In anderen Staaten werden die Familien im Steuerrecht viel stärker berücksichtigt als in Österreich. Es muss zu einer ausgewogenen Kombination von Steuergerechtigkeit und Transferleistungen kommen. Seit 2002 ist die Wirtschaft überdies stark gewachsen. Daher verstehe ich nicht, dass die Familienleistungen seit Jahren nicht valorisiert worden sind.

Marek: Es ist wichtig, dass wir das System in den nächsten Jahren generell in Richtung Steuerentlastung nach dem Motto "Je mehr Kinder umso weniger Steuern" umbauen und die Priorität nicht wie in den letzten Jahren ausschließlich im Transferbereich setzen. Unser Ziel muss ein steuerfreies Existenzminimum pro Familienmitglied sein. Es kann nicht sein, dass kinderreiche Familien keine steuerlichen Vorteile haben gegenüber Leuten, die keine Kinder haben. Der Kinderfreibetrag über 220 Euro pro Kind ist ein erster Schritt in diese Richtung.

Kommen wir zum Thema Kinderbetreuung. Hier hat sich in letzter Zeit einiges bewegt – Stichwort Gratiskindergarten. Dennoch sind der Ausbau an Kinderbetreuungsplätzen

sowie die Frage nach der Qualität noch offene Punkte. Wie erhalten Eltern mehr Einfluss in diesen Fragen?

Schattovits: Indem wir den Eltern Geld oder im Fall der Kinderbetreuung auch Gutscheine in die Hand geben. So stärken wir die Eltern als externe Kunden von Kinderbetreuungs- sowie anderen Bildungseinrichtungen und sie werden nicht zu Bittstellern degradiert. Wenn Eltern ein geldwertes Papier bekommen, das sie nach eigenem Abwägen ausgeben können, dann bedeutet dies für die Anbieter einen gewissen Wettbewerb. Das würde ein ausreichendes und qualitätsvolles Angebot nach sich ziehen.

Marek: Das ist auch das Sympathische an einem Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz: Dass die Eltern nicht mehr zu Bittstellern gemacht werden, sondern die Eltern ein Recht darauf haben. Wenn ich vom Recht auf einen Kinderbetreuungsplatz spreche, dann impliziert das: qualitativ und vorhanden.

Schattovits: Aber das Recht allein ist zu wenig, es geht um Wahlfreiheit. Eltern müssen das Geld oder Geldwerte selbst in der Hand haben. Alles gratis zu machen, wäre die verkehrte Richtung. Es bedarf vor allem der Subjektförderung, nicht nur der Objektförderung. Die Politik muss sich darum kümmern, dass die Kinder das Geld durch ihre Eltern verwaltet bekommen. Mit einem Gutschein kann man faktisch mitentscheiden. Ab dem vierten Lebensjahr würde ich solche Geldwerte zumindest für einen Halbtage vergeben.

Sehen Sie die Familien heute überfordert?

Schattovits: Wenn man alles bürokratisiert und die kleinen Lebenswelten wie die Kernfamilie nicht stabilisiert und fördert, kommt es zu Überforderungstendenzen. Und diese sieht man ja bei der Kernfamilie. Auf die zunehmende Überforderung der Eltern haben bei der Veranstaltung „Eltern unter Druck“ des Katholischen Familienverbandes im Frühjahr verschiedene Experten hingewiesen. Es stellt sich die Frage: Wie kann ich diese kleinen Funktionskreise, die Nachbarschaftshilfe so stärken, dass die Basis vermehrt gesellschaftliche Aufgaben übernimmt und nicht alles nach oben delegiert wird?

Marek: Das ist ein Problem der "Erziehung" unserer Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten. Wir sind übersozialisiert. Ich glaube, dass wir Initiativen an der Basis fördern müssen. In erster Linie sind hier die Kommunen gefordert. Im Rahmen des Audits „*familienfreundliche Gemeinde*“ wird beispielsweise der Zusammenhalt zwischen den Generationen gefördert, andere Gemeinden spezialisieren sich etwa wiederum auf Barrierefreiheit. Wir ersetzen die Kosten für die professionelle Begleitung für die Gemeinden, aber das Engagement muss letztendlich von den Gemeinden kommen. Damit werden auch die kleinen Lebensbereiche – wie die Kernfamilie – gestärkt.